

15./X. 1917

Die Lage der Beamtenschaft. Abordnungen beim Handelsminister und im Parlament.

Der Obmann und der Schriftführer des Reichsbundes deutscher Postler Österreichs Postkontrollor Bogatschnigg und Postmeister Pichl erschienen dieser Tage, wie kurz berichtet, beim Handelsminister Freiherrn v. Wieser, um ihm die hauptsächlichsten Wünsche und Forderungen der Postangestellten vorzutragen und ihm eine diesbezügliche Denkschrift zu überreichen. Als wesentlichsten Punkt der in der Denkschrift enthaltenen Forderungen besprach die Abordnung die Notwendigkeit eines Anschaffungsbeitrages und der Erhöhung der Teuerungszulagen, wie sie im Antrage Dobernig-Heine vorgesehen ist. Des weiteren wurde das ehestmöglichste Erscheinen der Dienstordnung für das nichtpragmatische Postpersonal, so wie selbe gelegentlich des Inkrafttretens der Dienstpragmatik der Staatsbeamten zugesprochen und gedacht war, erwähnt. Gegenstand besonderer Klage war die noch immer nicht erfolgte Ernennung der verkehrsgeprüften Postoffizianten zu Assistenten, sowie jene der langdienenden Postaspiranten zu Postoffizianten.

Der Handelsminister zeigte für die vorgebrachten Wünsche große Teilnahme, gab der Abordnung in verschiedenen vorgebrachten Punkten wünschenswerte Aufklärung und machte die Zusage der möglichsten Unterstützung seitens des Ministeriums. Nach dieser Vorsprache begab sich die Abordnung ins Abgeordnetenhaus und brachte dort mehreren Parlamentariern ihre Wünsche vor.

Tags darauf begab sich Obmann Bogatschnigg und Obmannstellvertreter Kollmann mit dem Vorsitzenden des Deutsch-Österreichischen Eisenbahnbeamtenvereins und des Reichsbundes deutscher Eisenbahner, Richter und Gangelmayer, wieder ins Parlament, wo der Budgetausschuß eine Sitzung abhielt. Einigen Abgeordneten dieses Ausschusses, so auch dem Obmann des Staatsangestelltenausschusses Freiherrn d'Elvert wurden die Forderungen der völkisch organisierten Staatsangestellten neuerdings vorgetragen. Die Abordnung hatte dann Gelegenheit, unter Führung des Reichsbundmitgliedes Abgeordneter Postmeister Kittinger auch mit dem Eisenbahnminister Freiherrn von Banhaus in der Frage der Regietohle zu sprechen.

Der Obmann des neugeschaffenen Unterausschusses des Staatsangestelltenausschusses Abgeordneter Kemetter hat für den 15. d. nachmittags die Vertreter der Staatsangestelltenvereine zu einer Besprechung im Parlament eingeladen. Der Gegenstand dieser Beratung lautet: Fortführung der Notstandsaktion für die Staatsangestellten.